

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: D8 86 846 ppbn d

## Inhalt

37. Jahrgang / 140

27. Juli 1982

Heinz Menzel MdB zeigt auf, was die Windfall-Profite dem Esso-Konzern bringen: Herr Albrecht und die Multis.

Seite 1

Horst von Hassel, Bildungssenator von Bremen, über Friedenserziehung im Unterricht: Fähigkeit zum Blickwechsel einüben.

Seite 2

Liesel Hartenstein MdB über Pestizide in Lebensmitteln: Der Giftkreislauf muß durchbrochen werden.

Seite 4

### Buchbesprechung

"An Alle! Lesen! Weitergeben!" - Flugblätter der Arbeiterbewegung von 1848 bis 1933.

Seite 6

Herr Albrecht und die Multis

-----  
Was der Esso-Konzern den Windfall-Profiten verdankt

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

410 Millionen DM Gewinn transferierte die Esso im Jahr 1981 an ihre amerikanische Muttergesellschaft. 1980 waren es 430 Millionen DM. In dieser Zeit fuhr das nationale Energieunternehmen der Bundesrepublik im Mineralölbereich Verluste etwa in der gleichen Größenordnung ein.

Der Unterschied liegt nicht etwa darin, daß die Esso-Manager besser wirtschaften, sondern darin, daß sie im norddeutschen Raum wesentlich an der deutschen Erdölförderung beteiligt sind und der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht nicht den Mut hat, im möglichen Umfang diese ungerechtfertigten Gewinne der Esso abzuschöpfen.

Durch diese Situation erhält Esso einen Marktvorteil, der nichts mit Marktwirtschaft zu tun hat. Man braucht kein Insider zu sein, um sich ausrechnen zu können, daß dieser Wettbewerbsvorteil zum Beispiel bei der VEBA nicht ausgeglichen werden und negative Entscheidungen bei diesem Unternehmen verursachen kann.

Nunmehr sind die Politiker aufgerufen, im Interesse der Chancengleichheit auf dem Markt und der Erhaltung der Arbeitsplätze bei den Ölunternehmen, die nicht in den Genuß der "Windfall-Profite" kommen, einzugreifen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen darf nicht davon abhängen, ob Herr Albrecht in der Lage ist, sich gegen Multis durchzusetzen oder nicht.

Falls notwendig, muß der Bundesgesetzgeber eingreifen und andere Wege schaffen, um Chancengleichheit herzustellen.

(-/27.7.1982/bgy/rs)

+ + +



**Friedenserziehung im Unterricht**  
-----**Die Fähigkeit zum Blickwechsel einüben**

Von Horst von Hassel

Bildungssenator von Bremen

Das Thema "Frieden" ist in jüngster Vergangenheit auch für die Schule immer aktueller geworden. Die großen Demonstrationen für den Frieden und für Kriegsverhütung in Europa und den Vereinigten Staaten haben gezeigt, wie groß das Engagement in der Bevölkerung für den Frieden ist. "Frieden" ist zum meistdiskutierten Thema des vergangenen Jahres geworden, und die Diskussion darüber hält an. Da sich gesellschaftliche Probleme in der Schule unmittelbar widerspiegeln, fand das Thema "Frieden" selbstverständlich auch Eingang in den Unterricht.

Als Verantwortlicher für das Bildungswesen in Bremen habe ich deshalb die zahlreichen Projektwochen an Bremer Schulen unterstützt, die sich mit dem Thema "Frieden" beschäftigen. Ich habe die Lehrer ermutigt, hier gemeinsam mit ihren Schülern engagiert weiterzuarbeiten.

Die Thematisierung der "Friedenserziehung" an den Bremer Schulen ist dennoch nicht neu. Sie ist curricular in verschiedenen Fächern vorgegeben und im Prinzip Bestandteil der Bremer Landesverfassung. Zusätzlich habe ich bereits im vergangenen Jahr ein Konzept vorgelegt, das geeignet ist, den Komplex "Friedenserziehung" an unseren Schulen noch breiter und direkter anzugehen. Was unsere Jugendlichen so intensiv beschäftigt (und manchmal ängstigt), sollte aus Schule und Unterricht nicht ausgeklammert bleiben.

Das erste Resultat unserer Bemühungen ist eine Arbeitsmappe zum Thema "Friedenssicherung - Friedenserziehung", die den Lehrern Hilfestellung bei der Behandlung dieses komplexen Themas geben soll. Dabei ist "Frieden" nicht Gegenstand eines neu zu schaffenden Unterrichtsfachs, soll aber auch nicht beschränkt bleiben auf den Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht.

Warum diese Arbeitsmappe? Bei der Lektüre der gängigen Schulbücher fällt auf, daß Krieg, Gewalt, Herrschaftsmißbrauch, Konflikte und Aggression als eine Konstante des Geschichtsprozesses dargestellt werden; zwar keineswegs, um solches zu verherrlichen, sondern durchaus als nüchternes Faktum. Schüler haben aber anhand dieser



Bücher nicht lernen können, daß es sich in der Geschichte auch gelohnt hat, dem Herrschaftsmißbrauch, der Gewalt und der Kriegsdrohung entgegenzutreten; hierfür gibt es gut begründete Beispiele. Frieden war bisher kein ausdrückliches Thema der Schulgeschichtsbücher.

So ist für das Thema "Frieden" im Schulunterricht noch viel, fast alles zu erschließen. Die Arbeitsmappe, Folge 1, von einer Arbeitsgruppe meiner Dienststelle entwickelt, kann diesen Leerraum an einer Stelle ausfüllen. Sehr deutlich wird darin, welche vielfältigen Bemühungen um Frieden und Friedenserhalt es zum Beispiel schon im Vorfeld des Ersten Weltkrieges allein in Bremen gab. Nur - die örtliche Presse unterrichtete ihre Leser damals oft nur unvollständig über diese Friedensbewegung, die vor allem auch von den Sozialdemokraten unterstützt wurde.

Es geht den Verfassern dieses Materials und mir darum, die Bemühungen für den Erhalt des Friedens anhand bestimmter historischer Situationen aufzuzeigen und beizutragen, die "Fähigkeit des Blickwechsels" einzuüben; die völlige Fremdheit gegenüber Andersdenkenden und Feindbilder müssen ersetzt werden durch ein Verständnis, das wenigstens so weit geht, daß Haß gar nicht erst entstehen kann. Haß und Fatalismus sind erste Schritte in den Krieg. Dies auch dem Schüler zu vergegenwärtigen und ihn aufzufordern, sich in den anderen hineinzusetzen, scheint mir ein wichtiger Ansatz für den Friedensunterricht zu sein.

Wir haben seit Ende des Zweiten Weltkriegs über 100 Kriege auf der Welt mit ansehen müssen. Aber lediglich hierauf hinzuweisen bedeutet, all' diejenigen Auseinandersetzungen zu ignorieren, in denen mit Einsicht, der Reduktion von nationalen und ideologischen Ansprüchen sowie einer nüchternen Selbstbeschränkung hoffnungsvolle Ansätze zum Erhalt des Friedens gefunden wurden.

Dies unseren Schülern vorzuenthalten, wäre ein schlechter Dienst an der "Friedens-  
erziehung in der Schule". Die Materialien, die ich den Bremer Schulen zur intensiven Nutzung übergeben habe, können ein erster Schritt sein, das Thema "Frieden" auf eine solide Grundlage zu stellen, die dann auch Perspektiven für die Zukunft eröffnet.

(-/27.7.1982/ks/rs)

+ + +



**Pestizide in Lebensmitteln**  
-----

**Der Giftkreislauf muß durchbrochen werden**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Beim Export von Pestiziden ist die Bundesrepublik mit knapp 144.000 Jahrestonnen der drittgrößte Lieferant. Ein beträchtlicher Teil dieser Chemikalien geht in die Länder der Dritten Welt. Insgesamt werden weltweit jährlich rund zwei Millionen Tonnen Pestizide verwendet.

Wenn schon in den Industrieländern - wie die Beispiele Endrin, 2,4,5-T und andere zeigen - Gefahren bei der Verwendung nicht auszuschließen sind, so vervielfachen sich diese Schwierigkeiten in den Entwicklungsländern noch. Eine Umfrage des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat ergeben, daß nur vier von 50 Entwicklungsländern eine Art Pflanzenschutzgesetz besitzen. Nach Schätzungen der FAO ereignen sich in der Dritten Welt bei der Anwendung von Pestiziden pro Jahr rund 500.000 Vergiftungsunfälle, darunter 5.000 Todesfälle.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Viele Pflanzenschutzmittel, die bei uns verboten sind, werden nach wie vor in anderen Ländern verwendet, zum Beispiel DDT. Über importierte Nahrungsmittel wie Bananen, Orangen, Tee, Kaffee, Kakao kommen diese Gifte dann wieder zu uns zurück. Ergebnis: Sie finden sich in Futtermitteln, Lebensmitteln, ja sogar in der Muttermilch wieder.

Die am 1. Juli 1982 in Kraft getretene Neufassung der Pflanzenschutzmittel-Höchst-mengenverordnung, die generell strenge Grenzwerte festsetzt - 0,01 mg je kg Lebensmittel dürfen nicht überschritten werden -, enthält aus diesem Grund solche Höchst-mengenbestimmungen auch für Pflanzenbehandlungsmittel, die bei uns verboten sind, also für DDT, Aldrin, Dieldrin, Endrin, 2,4,5-T, Heptachlor und andere. Da auch dem Weg über den Import die bei uns geltenden Verbote regel-



recht unterlaufen werden, ist zu fordern:

1. Für Pestizide, die im Inland verboten sind, kann die zulässige "Höchstmenge" in Lebens- und Futtermitteln nur der Nullwert sein.
2. Die Importkontrollen sind zu verstärken und über die Pflanzenschutzmittel hinaus auch auf Rückstände von Schwermetallen und auf diejenigen Umweltochemikalien auszuweiten, die nicht zur Gruppe der Pflanzenbehandlungsmittel gehören (zum Beispiel PCB's).
3. In die Höchstmengenverordnung (HMVO) für Pflanzenschutzmittel sind die obengenannten Gruppen aufzunehmen.
4. Neu auf den Markt kommende Wirkstoffe und deren Abbauprodukte müssen sofort und nicht erst bei der nächsten Novellierung in der HMVO aufgenommen werden. Die jetzt in Kraft getretene Fassung enthält ca. 100 neue Wirkstoffe, die zum Teil schon vor mehreren Jahren neu zugelassen und in den Handel gebracht wurden.
5. Bei der Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes ist ein Exportverbot für Pestizide vorzusehen, die Wirkstoffe enthalten, welche bei uns verboten sind. Diese Forderung hat auch die Umweltministerkonferenz der Länder erhoben.

Schwer oder nicht abbaubare Pestizide belasten durch Anreicherung in der Nahrungskette den Menschen und wirken in entsprechenden Konzentrationen gesundheitsgefährdend. Nicht wenige stehen im Verdacht, die Krebsbildung zu fördern. Andere wiederum rufen Nierenschäden hervor oder können zu Veränderungen des Erbgutes führen. In der Bundesrepublik sind heute etwa 350 Pflanzenschutzmittel zugelassen, weltweit dagegen sind es über 1.000. Der Giftkreislauf (Circle of poison) zieht sich buchstäblich um die ganze Welt. Er muß durchbrochen werden.

(-/27.7.1982/bgy/rs)

+ + +



BuchbesprechungDem Flugblatt auf der Spur

Herausgeber: Udo Achten/Siegfried Krupke, "An alle! Lesen! Weitergeben"  
Flugblätter der Arbeiterbewegung von 1848 bis 1933, Verlag J.H.W. Dietz Nachf.,  
Postfach 200 189, 53 Bonn 2, 256 Seiten, davon 226 Seiten Abbildungen, da-  
runter 28 Seiten mehrfarbige. Hardcover 49,80 DM.

Die preußische Regierung, schrieb Friedrich Engels 1849 in der "Neuen Rheinischen Zeitung", will "namentlich die Gratis-Literatur der Plakate und unbezahlten Flugschriften direkt unterdrücken". Engels begründete in seinem Aufsatz, daß Flugblätter für die Herrschenden noch unangenehmer seien als Zeitungen. Kritische Zeitungen erreichten nur das Bürgertum, während Flugblätter und Plakate "ein Hauptmittel sind, auf das Proletariat zu wirken". Sie helfen mit, "die revolutionäre Leidenschaft unter den Arbeitern lebendig zu erhalten, wo sie ein Journal und einen Klub in einem haben, und alles das, ohne daß es sie einen Heller kostet."

Vor allem in der Frühzeit der Arbeiterbewegung haben die Flugblätter eine große Rolle gespielt. Bis etwa zur Jahrhundertwende verzichteten die Arbeiterfamilien aus Kostengründen vielfach auf ein Zeitungsabonnement. Wer sie politisch beeinflussen wollte, etwa bei Wahlkämpfen oder Arbeitskonflikten, ließ Flugblätter verteilen. In den Bebel-Memoiren ist nachzulesen, daß Flugblätter eine oft benutzte publizistische Waffe der Sozialdemokratie waren. Mancher Politisierungsprozeß hat mit dem Lesen eines Flugblatts begonnen. So erinnert sich der Arbeiterführer Nikolaus Osterroth (1875 bis 1933): "Während des Mittagessens wurde in unser offenstehendes Fenster ein Flugblatt geworfen. Nach dem Essen hob ich das Blatt auf und überflog die Vorder- und Rückseite, ohne zunächst den Text zu lesen. 'An die Reichstagswähler' war das Flugblatt überschrieben, und auf der Rückseite stand am Schluß 'Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion'. Ich begann zu lesen. Satz für Satz war eine Anklage. Alles machte einen ungeheuren, nie empfundenen Eindruck auf mich. Das Flugblatt wirkte auf mich wie eine Offenbarung." - Auch in alten Wochenschau-Aufnahmen aus der Weimarer Republik begegnet uns immer wieder das Flugblatt: Klapprige Lastwagen mit Werbetrupps, die Flugblätter in die Menge streuen.

Leider sind die Flugblätter nirgends systematisch gesammelt worden. Auch die großen Archive haben diese Form politischer Publizistik lange vernachlässigt. Dank der Initiative von Udo Achten und Siegfried Krupke, beide beim IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel tätig, liegt nun erstmals eine Flugblatt-"Anthologie" der Arbeiterbewegung von 1848 bis 1933 vor. Da wurden nicht nur Flugblätter aus Großstädten aufgestöbert und -drucktechnisch hervorragend - reproduziert, sondern auch Exemplare aus der Provinz. In ihnen spiegeln sich die großen gesellschaftlichen Konflikte wider. Neben sozialdemokratischen sind auch kommunistische und "rechte" Flugblätter vertreten. Faszinierend für den Leser von heute ist, daß viele Texte nach wie vor eingängig und "frisch" wirken und die Argumentations-Techniken keinem großen Wandel unterworfen waren. Neben dem Reproduktionsteil fallen allerdings die historische Einführung und der Anmerkungs-Apparat ab. Die den Flugblättern jeweils vorangestellten "historischen Überblicke" enthalten einige Unrichtigkeiten und oberflächliche Wertungen.

Jochen Loreck

(-/27.7.1982/ks/10)

+ + +

